

# Koalitionsvertrag: Der Politikwechsel kommt!

## **Einordnung zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen**

**Nach der gewonnenen Bundestagswahl hat die Union nun auch die Koalitionsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen.** CDU und CSU haben sich mit der SPD auf einen gemeinsamen Vertrag verständigt.

Wir lösen damit unser Wahlversprechen ein: Deutschland bekommt den Politikwechsel, den es dringend braucht, und eine starke und handlungsfähige Bundesregierung unter Führung von CDU/CSU und Bundeskanzler Friedrich Merz.

**Die schwarz-rote Koalition hat nun eine echte Chance, Deutschland und Europa wieder nach vorne zu bringen.** Wir reformieren, investieren und führen Deutschland zu neuer Stärke.

## **Die wichtigsten Ergebnisse aus Sicht der Union**

### **1. Politikwechsel für die Wirtschaft: Wir entlasten Bürger und Unternehmen, damit sich Leistung wieder lohnt.**

- Investitions-Booster in Form einer degressiven Abschreibung auf Ausrüstungsinvestitionen von 30 Prozent in den Jahren 2025 bis 2027
- Reduzierung der Körperschaftsteuer in fünf Schritten um jeweils einen Prozentpunkt, beginnend mit dem 1. Januar 2028. Zudem werden Optionsmodell und Thesaurierungsbegünstigung verbessert
- Reduzierung der Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen zur Mitte der Legislatur
- Entlastung von Unternehmen und Verbrauchern dauerhaft um mindestens fünf Cent pro kWh durch Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß und Reduzierung von Umlagen und Netzentgelten
- 25 Prozent weniger Bürokratiekosten für die Wirtschaft durch ein nationales „Sofortprogramm für den Bürokratierückbau“ bis Ende 2025
- Abschaffung des nationalen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes

- Schaffung einer digitalen Agentur für Fachkräfteeinwanderung („Work-and-stay-Agentur“)
- Entlastung von Landwirten durch Wiedereinführung der Agrardieselrückvergütung
- Abschaffung des Heizungsgesetzes; Ersetzung durch ein technologieoffenes Gebäudeenergiegesetz
- Abschaffung des sog. Bürgergeldes; Einführung der neuen Grundsicherung: Vorrang für Vermittlung; härtere Sanktionen bei Verweigerung
- Einführung der Aktivrente: bis zu 2.000 Euro Gehalt im Monat steuerfrei
- Steuerfreie Überstundenzuschläge bei Vollzeitarbeit
- Mehr Flexibilität für Arbeitnehmer, Familien und Unternehmen durch eine wöchentliche statt der täglichen Höchstarbeitszeit

## **2. Politikwechsel bei Innerer Sicherheit: Jeder soll sich im Alltag ohne Angst frei bewegen können und rund um die Uhr sicher fühlen.**

- Sicherheitsoffensive mit zeitgemäßen digitalen Befugnissen: Speicherung von IP-Adressen und Portnummern für drei Monate; Quellen-TKÜ für die Bundespolizei zur Bekämpfung schwerer Straftaten
- Einführung der elektronischen Fußfessel für Gewalttäter gegen Frauen
- Verschärfung des strafrechtlichen Schutzes von Einsatz- und Rettungskräften, Polizisten sowie Angehörigen der Gesundheitsberufe
- Kampf gegen organisierte Kriminalität und Banden- und Clankriminalität: vollständige Beweislastumkehr beim Einziehen von Vermögen unklarer Herkunft

## **3. Politikwechsel bei Migration: Wir sorgen für eine grundsätzliche Wende in der Migrationspolitik.**

- Zurückweisungen an unseren Staatsgrenzen auch bei Asylgesuchen in Abstimmung mit unseren Nachbarn
- Zweijährige Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte

- Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten; insbesondere um Staaten, deren Anerkennungsquote seit mindestens fünf Jahren unter fünf Prozent liegt
- Rückführungsoffensive unter anderem durch Ausweitung der Kompetenzen der Bundespolizei, Zentralisierung der Zuständigkeiten bei Dublin-Überstellungen beim Bund und deutliche Erhöhung der Kapazitäten für Abschiebehaft
- Umfassende gesetzliche Regelungen, um die Zahl der Rückführungen zu steigern
- Erhöhung der Rücknahmebereitschaft von Herkunftsstaaten, auch durch den Einsatz von Visa-Vergabe, Entwicklungszusammenarbeit, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen als Hebel
- Keine „Turbo-Einbürgerung“ nach drei Jahren: Der deutsche Pass steht am Ende einer erfolgreichen Integration, nicht am Anfang
- Konsequente Umsetzung der bestehenden Leistungsabsenkungen für Ausreisepflichtige
- Flüchtlinge aus der Ukraine, die nach dem 1. April 2025 einreisen, sollen wieder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Die Bedürftigkeit muss durch konsequente und bundesweit einheitliche Vermögensprüfungen nachgewiesen werden
- Abschiebungen auch nach Afghanistan und Syrien
- Möglichkeit für dauerhaften Ausreisearrest für ausreisepflichtige Gefährder und Täter schwerer Straftaten nach Haftverbüßung, bis die freiwillige Ausreise oder die Rückführung erfolgt
- Vorantreiben eines restriktiveren Asylkurses in Europa, damit zum Beispiel Asylgewährung und Rückführungszentren in Staaten außerhalb der EU ausgelagert werden können

#### **4. Politikwechsel bei äußerer Sicherheit: Wir müssen uns verteidigen können, um uns nicht verteidigen zu müssen.**

- Weiterentwicklung des Bundessicherheitsrats zu einem Nationalen Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt

- Höhere Ausgaben für Verteidigung bei klarer Orientierung an vereinbarten Fähigkeitszielen der NATO
- Mehr Personal für die Bundeswehr durch einen attraktiven Wehrdienst, zunächst auf Freiwilligkeit; dabei Orientierung am schwedischen Wehrdienstmodell

## **5. Weitere wichtige Ergebnisse der Verhandlungen:**

- Reform des Wahlrechts
- Verwaltungsleistungen digital über eine zentrale Plattform
- Bund-Länder-Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung
- Investitions-, Steuerentlastungs- und Entbürokratisierungsoffensive für einen echten Wohnungsbau-Turbo
- Einsparungen bei Personalkosten: mindestens acht Prozent weniger Personal in der Bundestagsverwaltung bis 2029; Halbierung der Zahl der Bundesbeauftragten
- Vereinfachung von Gründungen durch eine zentrale Anlaufstelle, die alle Anträge und Behördengänge auf einer Plattform digital bündelt und eine Unternehmensgründung innerhalb von 24 Stunden ermöglicht
- Freiräume für neue Ideen durch Experimentierklauseln in Gesetzen und Pilotprojekte ohne bürokratische Hürden
- Einführung der Frühstart-Rente: 10 Euro pro Monat für Sechsjährige bis 18-Jährige, die in Deutschland eine Bildungseinrichtung besuchen, zur eigenen Altersvorsorge